

N i e d e r s c h r i f t

über die **9. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rödermark** Fortsetzung der Sitzung vom
20.03.2007

(Sitzung Nr. 2/2007)

am Mittwoch, 21.03.2007, um 19:30 Uhr
in Urberach, Halle Urberach (Mehrzweckraum)

Anwesend sind:

Herr Kern, Roland

Herr Sturm, Alexander

Herr Brammer-Türck, Thomas

Herr Daum, Hans-Jürgen

Herr Schreiber, Wolfgang

Herr Schrod, Adam Franz

Herr Sulzmann, Hans

Herr Uhe-Wilhelm, Michael

Frau Becht, Maria

Herr Berk, Michael

Herr Billing, Stefan

Frau Cavus, Hatice

Frau Daum, Nina

Herr Delle Donne, Luigi

Herr Drescher, Bernd

Frau Geis, Sylvia

Herr Gensert, Hans

Herr Gensert, Michael

Herr Gerl, Stefan

Frau Gierszewski, Anna-Monika

Herr Gotta, Wolfgang

Herr Hente, Hans-Peter

Herr Karademir, Hidir

Herr Kruger, Tobias

Frau Dr. Künneke-Durwen, Christa

Frau Lips, Patricia

Frau Lorenz, Tanja

Frau Lotz, Christiane
Herr Lühe von der, Eckhard
Frau Lühe von der, Karin
Herr Mersmann, Friedhelm
Herr Popp, Werner
Herr Rädlein, Manfred
Herr Rebel, Dieter
Frau Reusch, Mona
Herr Rotter, Jörg
Frau Schaap, Sigrid
Herr Schaap, Garrit
Herr Schäfer, Karl
Herr Schneider, Herbert
Frau Schrod, Carolin
Herr Schrod, Dietmar
Herr Schultheis, Norbert
Herr Sulzmann, Sven
Herr Weber, Daniel
Frau Weckesser, Anette
Herr Zeller, Jochen
Frau Ziegler, Gerda
Herr Firat, Hüseyin
Herr Rohmann, Werner
Herr Hampel, Richard

Es fehlen:

Herr Butz, Reimund
Herr Poseiner, Christian
Herr Rebel, Klaus
Frau Rickert, Katharina
Herr Schallnaß, Hans-Joachim

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Zuhörer:

4

Tagesordnung:

- TOP 17 Friedhofsordnung der Stadt Rödermark - Neufassung -
VO/0257/06
- TOP 8 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion
betr.: Konzept ‚Willkommen im Leben‘
- TOP 9 Antrag der SPD-Fraktion
betr.: Wirtschaftlichkeit der Rathäuser
- TOP 10 Antrag der SPD-Fraktion
betr.: Familienfreundliches Rödermark - Flexible Öffnungszeiten der
Kindertagesstätten
- TOP 11 Antrag der SPD-Fraktion
betr.: Integrationsbüro
- TOP 10 Antrag der SPD-Fraktion
betr.: Familienfreundliches Rödermark - Flexible Öffnungszeiten der
Kindertagesstätten
- TOP 12 Interfraktioneller Antrag
betr.: Ganztagsangebote an Grundschulen
- TOP 16 Produkthaushalt 2007
VO/0026/07
- TOP 23 Antrag der Fraktion Andere Liste/Die Grünen
betr.: Rauchen in öffentlichen Gebäuden der Stadt Rödermark

Die Stadtverordnetenvorsteherin hebt die Unterbrechung der Sitzung vom 20. März 2007 auf und stellt Beschlussfähigkeit fest.

In allseitigem Einverständnis wird der Tagesordnungspunkt 17 vorgezogen aufgerufen, über den vereinbarungsgemäß ohne Aussprache abgestimmt wird.

Protokoll:

zu 17 Friedhofsordnung der Stadt Rödermark - Neufassung - VO/0257/06

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die **Friedhofsordnung der Stadt Rödermark** gemäß dem vorgelegten Entwurf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft sodann den Tagesordnungspunkt 8 auf.

zu 8 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betr.: Konzept ‚Willkommen im Leben‘

Die Stadtverordnetenvorsteherin verliest den modifizierten Antragstext wie folgt:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept „Willkommen im Leben“ in Rödermark zu entwickeln.

Nach Begründung des Antrages durch Frau Dr. Künneke-Durwen für die Fraktionen von CDU und FDP sowie den Stellungnahmen der übrigen Fraktionen, lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

zu 9 Antrag der SPD-Fraktion betr.: Wirtschaftlichkeit der Rathäuser

Die Stadtverordnetenvorsteherin verliest den Antrag der SPD-Fraktion wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Der Magistrat wird beauftragt, durch den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft ein Gutachten über die Wirtschaftlichkeit der Rathäuser**

ser erstellen zu lassen.

2. Das Gutachten soll eine vergleichende Betrachtung der aktuellen Kosten der Bewirtschaftung der Rathäuser zu einem optimal angepassten Gebäude ermöglichen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt fest, dass gemäß den Beratungen im Fachausschuss davon auszugehen ist, dass über die beiden Absätze des Antrages getrennt abgestimmt werden wird.

In der Folge begründet der Stadtverordnete Zeller für die SPD-Fraktion den gestellten Antrag. Nach den Stellungnahmen der Fraktionen lässt die Stadtverordnetenvorsteherin getrennt über die beiden Absätze des Antragstextes wie folgt abstimmen:

Abstimmungsergebnis zu 1.: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, Andere Liste/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Abstimmungsergebnis zu 2.: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Zustimmung: SPD
Ablehnung: CDU, Andere Liste/Die Grünen (8x), FDP
Enthaltung: AL/die Grünen (1x)

zu 10

Antrag der SPD-Fraktion

betr.: Familienfreundliches Rödermark - Flexible Öffnungszeiten der Kindertagesstätten

Die Stadtverordnetenvorsteherin verliest den Antragstext, erweitert um die durch die SPD vorgelegte Textergänzung, wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Voraussetzungen zu schaffen, dass in den Kindertagesstätten in Rödermark den Eltern die Möglichkeit geboten wird, individuell die Betreuungszeiten für ihre Kinder zu verändern.

Dabei sind sowohl Möglichkeiten der Verlängerung der Regelbetreuungszeiten zu schaffen, als auch Modelle von gesplitteten Betreuungszeiten zu realisieren, mit dem Ziel, dass voll-erwerbstätigen Eltern eine gesicherte Betreuungszeit für die Zeit der Erwerbstätigkeit angeboten werden kann.

Nach den Stellungnahmen der Fraktionen sowie des Bürgermeisters stellt der Stadtverordnete Rotter den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag zunächst zurückzustellen, um der CDU-Fraktion eine interne Verständigung über die weitere Vorgehensweise zu ermöglichen.

Über diesen Geschäftsordnungsantrag lässt die Stadtverordnetenvorsteherin abstimmen.

Ergebnis der Abstimmung: Der Tagesordnungspunkt wird einstimmig zunächst zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft vereinbarungsgemäß als weiteren Tagesordnungspunkt den TOP 11 auf.

**zu 11 Antrag der SPD-Fraktion
betr.: Integrationsbüro**

Die Begründung des Antrages erfolgt durch den Stadtverordneten Gerl, der eingangs feststellt, dass der Punkt 3. des Antragstextes in Wegfall kommt - Der Punkt 4. wird daher zum Punkt 3.

Der Text des Antrages der SPD-Fraktion lautet damit wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. In der Stadtverwaltung wird ein Integrationsbüro geschaffen. Aufgabe des Büros soll sein, integrationsfördernde Maßnahmen in der Stadt zu initiieren, zu planen, durchzuführen und entsprechende Maßnahmen freier Träger zu unterstützen.**
- 2. Hierfür ist eine halbe Stelle ohne Ausweitung des Stellenplanes vorzusehen.**
- 3. Für Sachkosten sind im Haushaltsplan 2007 15.000 Euro zu etatisieren.**

Nach Stellungnahmen des Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Herrn Firat, und Bürgermeister Kern, erklärt der Stadtverordnete Gerl für die Fraktion der Anderen Liste/Die Grünen, dass durch seine Fraktion der folgende **Änderungsantrag** gestellt wird:

- 1. Der Magistrat wird beauftragt, bis zur ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nach der Sommerpause ein „Integrationskonzept“ vorzulegen.**
- 2. Der SPD-Antrag „Integrationsbüro“ wird bis dahin zurückgestellt.**

Die Stadtverordnetenvorsteherin unterbricht die Diskussion zum TOP 11 und schlägt vor, in der heutigen Sitzung sämtliche Tagesordnungspunkte unabhängig von der Geschäftsordnungsregelung, dass nur noch Tagesordnungspunkte zu behandeln sind, die vor 22.30 Uhr aufgerufen werden, zu behandeln. Dies deshalb, weil sonst die Gefahr besteht, dass wieder eine große Anzahl von Tagesordnungspunkten in die nächste Sitzung verschoben werden muss. Da sich diesbezüglich keine einhellige Meinung ergibt, lässt die Stadtverordnetenvorsteherin hierüber abstimmen mit dem Ergebnis, das sich eine Mehrheit gegen diesen Vorschlag ausspricht. Die Stadtverordnetenvorsteherin weist darauf hin, dass sich die Notwendigkeit ergeben kann, dass zusätzlich zu den geplanten Sitzungen eine weitere Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu terminieren ist, um einen übermäßigen „Stau“ der zu behandelnden Tages-

ordnungspunkte zu vermeiden.

Die Stadtverordnetenvorsteherin eröffnet erneut die Diskussion zum TOP 11 und stellt fest, dass der Antrag der Anderen Liste/Die Grünen, der als Änderungsantrag bezeichnet wurde, ein konkurrierender Hauptantrag ist, bzw. in Ziffer 2 als Geschäftsordnungsantrag zu betrachten ist.

Der Stadtverordnete Schultheis erklärt, dass, wenn es sich um einen konkurrierenden Hauptantrag handelt, dieser nur dann zu behandeln ist, wenn er mit 2/3 Mehrheit auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen wird.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stimmt dieser Bewertung zu und lässt sodann darüber abstimmen, ob der Antrag der Anderen Liste/Die Grünen auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen werden soll.

Die Abstimmung hat das folgende Ergebnis:

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltungen: /

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt fest, dass zunächst über den Antrag Der Anderen Liste/Die Grünen abgestimmt werden wird. Dies soll absatzweise geschehen, weil gemäß dem Ergebnis der Diskussionen dies allgemein gewünscht wird. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt zunächst über **Absatz 1 des Antrages der Anderen Liste/Die Grünen** abstimmen, der folgenden Wortlaut hat:

- 1. Der Magistrat wird beauftragt, bis zur ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nach der Sommerpause ein „Integrationskonzept“ vorzulegen.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Es folgt die Abstimmung über den **Absatz 2 des Antrages der Anderen Liste/Die Grünen**, der folgenden Text hat:

Der SPD-Antrag „Integrationsbüro“ wird bis dahin zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Zustimmung: AL/Die Grünen, FDP
Ablehnung: CDU, SPD
Enthaltung: /

Es folgt die Abstimmung über den **Antrag der SPD-Fraktion:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

4. In der Stadtverwaltung wird ein Integrationsbüro geschaffen. Aufgabe des Büros soll sein, integrationsfördernde Maßnahmen in der Stadt zu initiieren, zu planen, durchzuführen und entsprechende Maßnahmen freier Träger zu unterstützen.
5. Hierfür ist eine halbe Stelle ohne Ausweitung des Stellenplanes vorzusehen.
6. Für Sachkosten sind im Haushaltsplan 2007 15.000 Euro zu etatisieren.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

| | |
|-------------|-------------------------|
| Zustimmung: | SPD |
| Ablehnung: | CDU, FDP |
| Enthaltung: | Andere Liste/Die Grünen |

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt fest, dass damit der Antrag der SPD-Fraktion mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist.

Nunmehr wird erneut der Tagesordnungspunkt 10 aufgerufen.

zu 10 **Antrag der SPD-Fraktion
betr.: Familienfreundliches Rödermark - Flexible Öffnungszeiten der
Kindertagesstätten**

Der Stadtverordnete Rotter erklärt, dass seine Fraktion beantragt, den Antragstext im ersten Absatz wie folgt zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt die Kosten und den Bedarf zu ermitteln, um die Voraussetzungen zu schaffen, dass in den Kindertagesstätten in Rödermark den Eltern die Möglichkeit geboten wird, individuell die Betreuungszeiten für ihre Kinder zu verändern.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt sodann über den Antrag zu TOP 10 abstimmen, der nach den Ergänzungen durch die SPD-Fraktion und der Ergänzung durch die CDU-Fraktion folgendermaßen lautet:

Der Magistrat wird beauftragt die Kosten und den Bedarf zu ermitteln, um die Voraussetzungen zu schaffen, dass in den Kindertagesstätten in Rödermark den Eltern die Möglichkeit geboten wird, individuell die Betreuungszeiten für ihre Kinder zu verändern.

Dabei sind sowohl Möglichkeiten der Verlängerung der Regelbetreuungszeiten zu schaffen, als auch Modelle von gesplitteten Betreuungszeiten zu realisieren, mit dem Ziel, dass voll-erwerbstätigen Eltern eine gesicherte Betreuungszeit für die Zeit der Erwerbstätigkeit angeboten werden kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP

Ablehnung: /

Enthaltung: /

**zu 12 Interfraktioneller Antrag
betr.: Ganztagsangebote an Grundschulen**

Die Stadtverordnetenvorsteherin verliest den Antragstext des interfraktionellen Antrages zum TOP 12 wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

Ganztagsangebote an Grundschulen

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark sieht in der Entwicklung der beiden Grundschulen in Rödermark zu Schulen mit Ganztagsangeboten einen wichtigen Baustein in der Erziehung, Bildung und Betreuung der in Rödermark lebenden Kinder und in der Weiterentwicklung zu einer familienfreundlichen Stadt.
2. Sie fordert die Schulgemeinden der beiden Grundschulen auf - sofern dies noch nicht geschehen - entsprechende Beschlüsse in den Gremien zu fassen und die daraus zu erfolgenden Schritte zeitnah einzuleiten.
3. Der Magistrat wird beauftragt, diesbezügliche Gespräche und Verhandlungen mit den Schulgemeinden zu führen mit dem Ziel:
 - Den Willen der Stadtverordnetenversammlung gegenüber den Schulgemeinden deutlich zu machen,
 - gemeinsam mit den Schulgemeinden und dem Landkreis Offenbach als Schulträger die baulichen Voraussetzungen samt Investitionskosten für die Entwicklung zu Schulen mit Ganztagsangebot zu eruieren sowie Finanzierungs- und Co-Finanzierungsmöglichkeiten auszuloten;
 - gemeinsam mit den Schulgemeinden eine Rahmenplanung zu entwickeln, in die auch die vorhandenen Ressourcen der Stadt einfließen (Zuschüsse „Betreute Grundschule, „Ressourcen Hort) mit dem Ziel, die Parallelstrukturen aufzuheben und Synergieeffekte zu erzielen.
 - Eine Vereinbarung zwischen den Schulen und der Stadt zu erarbeiten, die die partnerschaftliche Kooperation untereinander regelt.

Der Stadtverordnete Schultheis begründet den Antrag, die Stadtverordnete Daum und der Stadtverordnete Gotta nehmen für ihre Fraktionen Stellung.

Sodann stellt die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft sodann den Tagesordnungspunkt 16 auf.

**zu 16 Produkthaushalt 2007
VO/0026/07**

Die Stadtverordnetenvorsteherin erteilt dem Ersten Stadtrat Sturm das Wort.

Nach den Erläuterungen des Ersten Stadtrates schließen sich die Stellungnahmen der Fraktionen zum Produkthaushalt 2007 an. Während dieser Stellungnahmen übernimmt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Schneider die Sitzungsleitung.

Nach den Stellungnahmen der Fraktionen erwidert Erster Stadtrat auf die in den Stellungnahmen angesprochenen Punkte.

Vor der Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 16 übernimmt die Stadtverordnetenvorsteherin, Frau Becht, wieder die Sitzungsleitung. Sodann lässt sie über die Beschlussvorschläge zum Tagesordnungspunkt 16 abstimmen. Die Beschlussvorschläge lauten:

1. **Dem Haushaltskonsolidierungskonzept 2007 wird zugestimmt. Die Erhöhung der Grundsteuer gilt befristet bis Ende 2010. Zum Haushalt 2011 ist erneut darüber Beschluss zu fassen.**

In den nächsten Jahren muss der Haushalt um jährlich mindestens 800.000 Euro konsolidiert werden, bis das Konsolidierungsziel, ein ausgeglichener Haushalt plus drei Millionen Euro zur Finanzierung von Investitionen, erreicht ist.

2. **Den Änderungen zum Produkthaushalt 2007 wird zugestimmt.**
3. **Der Haushaltssatzung 2007 mit Produkthaushalt sowie Stellenplan und Finanzplan wird zugestimmt (Änderungen aus 2. sind enthalten).**
4. **Dem Waldwirtschaftsplan 2007 wird zugestimmt.**
5. **Dem Wirtschaftsplan 2007 des Eigenbetriebes „Entsorgung und Dienstleistung der Stadt Rödermark“ wird zugestimmt.**
6. **Dem Wirtschaftsplan 2007 des Eigenbetriebes „Gebäudewirtschaft“ wird zugestimmt.**

Die Abstimmung erfolgt bezüglich der Ziffer 1., 2., 4., 5. und 6 in einer Gesamtabstimmung mit dem folgenden Ergebnis:

Abstimmungsergebnis

bzgl. Ziff. 1., 2., 4., 5. und 6.: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die/Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Abstimmungsergebnis bezüglich Ziffer 3.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, FDP
Ablehnung: SPD
Enthaltung: /

Die Punkte unter 7. und 8. werden zur Kenntnis genommen:

7. Die Wirtschaftspläne der Gesellschaften Innovations Centrum Rödermark AG und Berufsakademie Rhein-Main GmbH und Co.KG werden zur Kenntnis genommen.
8. Der Beteiligungsbericht 2006 der Stadt Rödermark wird zur Kenntnis genommen (nicht Bestandteil des Produkthaushaltes)

Zum Aufruf kommt nunmehr der Tagesordnungspunkt 23.

zu 23 **Antrag der Fraktion Andere Liste/Die Grünen
betr.: Rauchen in öffentlichen Gebäuden der Stadt Rödermark**

Frau Becht verliest den Tagesordnungspunkt wie folgt:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Das Rauchen in allen öffentlichen Gebäuden der Stadt Rödermark zu untersagen.
2. Das Rauchen auf allen Außenbereichsflächen von städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen zu untersagen.
3. Mit den Pächtern von in städtischen Gebäuden gelegenen gastronomischen Betrieben sind kurzfristig Verhandlungen aufzunehmen, mit dem Ziel, das Rauchen nur noch in Teilen der Gasträume zuzulassen.

Außerdem verliest die Stadtverordnetenvorsteherin den inzwischen vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, der folgenden Wortlaut hat:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Das Rauchen in allen Verwaltungsgebäuden und in allen sozialen Einrichtungen der Stadt Rödermark zu untersagen.
2. Das Rauchen auf allen Außenbereichsflächen von städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen zu untersagen.
3. Mit den Pächtern von in städtischen Gebäuden gelegenen gastronomischen Betrieben sind kurzfristig Verhandlungen aufzunehmen, mit dem Ziel, das Rauchen nur noch in Teilen der Gasträume zuzulassen.
4. Über weitergehende Maßnahmen soll diskutiert werden, wenn der Bundes- und Landesgesetzgeber einschlägige Regelungen getroffen hat.

Die Stadtverordnetenvorsteherin erklärt, dass über die Einzelpunkte der Anträge getrennte Abstimmung erfolgen wird. Sie stellt zunächst den **Antrag der Anderen Liste/Die Grünen betreffend Ziffer 1.** zur Abstimmung.

Die Abstimmung hat das folgende Ergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Zustimmung: | 16 |
| Ablehnung: | 19 |
| Enthaltung: | 2 |

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Es folgt die Abstimmung bezüglich der **Ziffer 1. des Änderungsantrages von CDU und FDP** mit dem folgenden Ergebnis.

| | |
|-------------|------------------------------|
| Zustimmung: | CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP |
| Ablehnung: | / |
| Enthaltung: | / |

Ergebnis: einstimmig angenommen

Es folgt die Abstimmung bezüglich der **Ziffer 2. Antrages der Anderen Liste/Die Grünen, dessen Text identisch ist mit dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion** mit dem folgenden Ergebnis.

| | |
|-------------|------------------------------|
| Zustimmung: | CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP |
| Ablehnung: | / |
| Enthaltung: | / |

Ergebnis: einstimmig angenommen

Es folgt die Abstimmung bezüglich der **Ziffer 3. des Antrages der Anderen Liste/Die Grünen (Dieser Absatz ist weitgehend identisch ist mit Ziffer 3 des Änderungsantrages der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion)** mit dem folgenden Ergebnis.

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Ergebnis: einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis bezüglich **Ziffer 4. des Änderungsantrages von CDU und FDP.**

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD (6x), FDP
Ablehnung: SPD (1x)
Enthaltung: /

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt fest, dass der **Tagesordnungspunkt 25** angesichts der fortgeschrittenen Uhrzeit nicht mehr zum Aufruf gelangt; der TOP wird in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung auf die Tagesordnung genommen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin dankt den Anwesenden für ihre Mitwirkung und schließt um 22.40 Uhr die Sitzung.

Ende der Sitzung: 22:40 Uhr.

Für die Richtigkeit:

W. Rohmann
Schriftführer

M. Becht
Stadtverordnetenvorsteherin

Für die Ausfertigung:

Y. van Baal